

Politischer Wandel im Südpazifik: Neue subregionale Konstellationen

Kai M. Schellhorn

Der Südpazifik, (*) jene riesige ozeanische Region, die Polynesien, Melanesien und Mikronesien umfaßt, ist in den zurückliegenden Jahren zunehmend in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit geraten. Dies liegt einerseits an einem zunehmenden Interesse der Sowjetunion und Libyens zu einem Engagement in der Region, andererseits an einer Fülle von einzelstaatlichen, subregionalen und regionalen politischen, ökonomischen und sicherheitspolitisch relevanten Entwicklungen. Zu diesen gehören u.a. gegenwärtig in besonderem Maß der militante Entkolonisierungsversuch der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung FLNKS (Front de Liberation Nationale Kanake et Socialiste) im französischen "Territoire d'Outre Mer" Neukaledonien; die sich parallel entwickelnde anti-französische Unabhängigkeitsbewegung in Tahiti; der politische Umbruch der ehemaligen mikronesischen US-Trust-Territorien in ihre Selbstständigkeit und der durch zwei Staatsstreich im Jahr 1987 erfolgte politische Wandel in Fidschi. Die noch vor wenigen Jahren den Südpazifik bestimmenden Probleme des Zerbrechens des ANZUS-Paktes und des inzwischen in Kraft gesetzten "South Pacific Nuclear Free Zone Treaty" (SPNFZ) sind gegenüber den brisanten neuen politischen Entwicklungen zunehmend in den Hintergrund getreten.

Dieser Beitrag befaßt sich vor allem mit dem gegenwärtig beobachtbaren politischen Wandel in der Region Südpazifik, der durch den Ausfall Fidschis als ursprünglichem politischen Zentrum verursacht worden ist. Die im Oktober 1987 gebildete neue Republik Fidschi kämpft vorrangig um ihre innenpolitische Konsolidierung, ihre erstmals geübte Funktion als regionales politisches Zentrum ist, bedingt durch die beiden Staatsstreich Brigadier Rabukas im Jahr 1987, unterbrochen. Auf das damit entstandene politische Vakuum - Präzedenzfälle in der internationalen Politik gibt es genügend - zielen inzwischen die Machtansprüche anderer regionaler Archipelstaaten.

Unter der Führung von Papua Neuguineas dynamischem Prime Minister Wingti wurde im März 1988 in Port Vila/Vanuatu die "Melanesian Spearhead Group", der neben PNG auch Vanuatu und die Salomon-Inseln angehören, de jure gegründet, nachdem sich diese Interessengemeinschaft melanesischer Staaten de facto bereits seit Jahren - insbesondere im Rahmen des Südpazifischen Forums - manifestiert hat. Gleichzeitig läßt sich eine parallel gehende, subregionale Interessengemeinschaftsbildung in Polynesien beobachten. Unter der Führung des Königs von Tonga entwickelt sich gegenwärtig eine "Polynesische Allianz", der neben Tonga, West Samoa, Amerikanisch Samoa, Französisch Polynesien, die Cook Inseln, Niue, Wallis und Futuna und die Polynesier

Hawais angehören. Diese beiden subregionalen, in der Entwicklung begriffenen, Staatenverbindungen können zu einer Konkurrenz und/oder Ergänzung der losen regionalen Staatengemeinschaft, dem Südpazifischen Forum (SPF), führen, dessen wichtigsten insularen Träger Fidschi, abgesehen von den "Großmächten" Australien und Neuseeland, bis dato gebildet hat.(1)

Für den Beobachter stellen sich die folgenden Fragen: Welche Entwicklungen haben zu Fidschis deutlichem Machtverlust in der Region geführt? Welche außenpolitischen Interessen verfolgt die gegenwärtige Interimregierung Fidschis? Worin liegen die Motivationen der Bildung der "Melanesian Spearhead Group"? Welchen außenpolitischen Interessen folgt Tonga mit der Gründung einer "Polynesischen Allianz"? Inwieweit kann der damit einhergehende Wandel von der Zentrierung (SPF) zur Partikularisierung (melanesische und polynesische Ethno-Gruppierungen) auch zu einer Fraktionierung der südpazifischen Archipelstaaten führen?

Fidschis Weg vom Commonwealth-Mitglied zur Republik

Der südpazifische Archipelstaat Fidschi wurde im Jahr 1987 von fünf außerordentlichen Ereignissen betroffen. Im April wurde die seit sieben Jahren regierende, konservative Mara-Regierung durch die in demokratischen Wahlen an die Macht gelangte, linksorientierte Labor-Regierung Bavadras abgelöst. Im Mai 1987 folgte der überraschende Coup d'Etat Oberleutnant Rabukas, dessen Absicht weit über den Sturz der Bavadra-Regierung hinauszielte. Von der Überzeugung ausgehend, daß Fidschi den melanesischen Ureinwohnern und nicht den Nachfahren der Mitte des vorigen Jahrhunderts von den Briten eingeführten Inder gehört, sollte eine neue Verfassung entwickelt werden, die für immer eine Mehrheit von Indern in einem künftigen Kabinett - im Fall der Bavadra-Regierung war das Verhältnis sieben Inder zu fünf Nichtindern gewesen - verhindern wird. Die melanesischen Fidschianer fürchteten u.a. um ihre Landrechte, die ihnen seit der britischen Herrschaftsaufnahme (1874) und auch über ihren Unabhängigkeitstag im Jahr 1970 hinaus 83% des Landbesitzes garantieren.

Eine mehrheitlich mit Indern besetzte Regierung hätte diesen, von den Melanesiern als existentiell wichtig eingestuften, Sachverhalt ändern können. Neben diesem inner-fidschianischen Problem hatte Rabuka zusätzlich einen gewaltsamen Zusammenstoß zwischen Vertretern der Taukei-Bewegung - die ihrerseits Putschgedanken hegte - und der Royal Military Force perzipiert, die diesen Aufruhr hätte niederschlagen müssen. Die Vision einer direkten Konfrontation von Fidschianern gegen Fidschianer bestärkte seinen Entschluß, den ersten Coup d'Etat im Mai 1987 selbst durchzuführen.(2)

Ein drittes Auslösemoment für den Staatsstreich bildete Rabukas Sorge, daß die mehrheitlich mit Indern besetzte Bavadra-Regierung - in

Analogie zu Indiens pro-sowjetischer Haltung - der Sowjetunion die Tür nach Fidschi öffnen könnte. Rabuka hatte während seiner Militärausbildung in Indien die sowjetischen Infiltrationstaktiken studiert. Er gelangte zu dem Schluß: "It is always a round-about way. They have their Labor party finger, they have their trade union finger, they have their World Peace Congress finger, their religious finger ... areas where the Russians spread their influence around the world. When I was in India ..., I saw Russia right through, their whole doctrine, their attitude towards the West, and towards America in particular ... and India was very much supported by Russia ... and behind India stands Russia."(3)

Über die schwierige innenpolitische Lage nach dem 1. Coup d'Etat soll hier nicht ausführlich berichtet werden.(4) Die Situation schien sich im September 1987 zu entspannen als zwischen Ex-Prime Minister Mara, Ex-Prime Minister Bavadra und dem formal die Regierungsgeschäfte tragenden britischen Generalgouverneur Ganilau der sog. Deuba-Accord zustande kam, der eine Art "Großer Koalition" zur Wiederherstellung demokratischer Zustände anstrebte.(5) Dieser Weg des politischen Kompromisses fand keine Befürwortung durch Putschführer Rabuka. Am 25. September 1987 führte er seinen zweiten Staatsstreich durch - und dieser bildete das dritte große Ereignis in Fidschi im Jahr 1987. Die Armee übernahm erneut die Macht, Zeitungsredaktionen und Rundfunkstationen wurden besetzt, eine Ausgangssperre in den Nächten verhängt. Der Führer der Koalitionspartei Bavadra wurde neben anderen Politikern, einigen hohen Richtern und Gewerkschaftsvertretern verhaftet. Nach Ansicht des Putschführers und der hinter ihm stehenden ethno-nationalistischen Taukei-Bewegung schien das Hauptziel, eine Verfassungsreform zugunsten der Melanesier, gefährdet.(6)

Der Putschführer griff konsequent durch. Am 1. Oktober erklärte er sich zum Staatsoberhaupt, die britische Königin sei als Staatsoberhaupt abgelöst und die Verfassung von 1970 außer Kraft gesetzt. Wenige Tage später, nachdem auf der Konferenz der Commonwealth-Länder in Vancouver der Ausschluß Fidschis beschlossen worden war, erklärte Rabuka - dies ist das vierte große Ereignis des Jahres 1987 - Fidschi am 7. Oktober zur Republik.(7)

Der politischen Not gehorchend - es gab nach dem 2. Coup keine akzeptable politische Kraft mehr - übernahm Putschführer Rabuka die Macht im Staat. Er bildete eine Militärregierung, der sowohl Militärs, wie auch Zivilisten - in der Mehrheit Taukei-Mitglieder - angehörten.(8) Ziel der Militärregierung war es, zuerst einmal die innenpolitische Destabilisierung in den Griff zu bekommen, eine neue Verfassung vorzulegen und die unmittelbaren wirtschaftlichen - der Fidschi-Dollar mußte zum zweiten mal in diesem Jahr abgewertet werden - und außenpolitischen, negativen Folgen des 2. Coups zu mindern und zu überwinden. Dieser Militärregierung fehlte jedoch in vielen Ressorts Fachkompetenz und Fortune.(9) Am 5. Dezember 1987 löste Rabuka die Militärregierung auf und ernannte den ehemaligen britischen Generalgouver-

neur Ganilau zu Fidschis erstem Staatspräsidenten. Dieser ernannte umgehend Ex-Prime Minister Mara zum neuen Interim-Prime Minister. Mara bildete wenige Tage später ein neues Kabinett.(10) Die Bildung dieser, sich als Interimplösung verstehenden Regierung, zeitigte das fünfte große Ereignis in Fidschi, im Jahr 1987.

Die neue Regierung setzte sich von Beginn an vier fundamentale Ziele: Erstens sollte Fidschi auf den Weg zum Verfassungsstaat gebracht werden, denn die Verfassung von 1970 war außer Kraft gesetzt. Zweitens muß Fidschis Wirtschaft zum Aufschwung geführt werden, um einem Wirtschaftsdesaster als Folge der Coups zu entgehen. Drittens muß die innenpolitische Stabilität und ein politischer Ausgleich zwischen den verschiedenen Ethnien gefunden werden. Viertens muß Fidschi der Internationalen Staatengemeinschaft sein klares Ziel einer Rückkehr zum Verfassungsstaat vermitteln und von alten und neuen "Freunden" Anerkennung und Unterstützung erhalten.(11) Diese Zielsetzungen implizierten auch den - nicht öffentlich ausgesprochenen - Anspruch Prime Minister Maras, Fidschi, nach einer Konsolidierungsphase, wieder zur führenden außenpolitischen Kraft innerhalb der Archipelstaaten und des Südpazifischen Forums werden zu lassen.

Zur außenpolitischen Interessenlage der Interimregierung von Prime Minister Mara

Wie schon erwähnt, bildete Fidschi seit seiner Unabhängigkeit unter den von Prime Minister Mara geführten Regierungen ein außenpolitisch und regionalpolitisch bedeutsames Zentrum im Südpazifik. Ratu Sir Kamisea Mara gehört - nach wie vor - zu den bedeutendsten Staatsführern in der Region. Seine Außenpolitik war stets von einer umsichtigen Entschlossenheit, Vermittlungsfähigkeit in regionalen Konflikten und Westorientierung gekennzeichnet. Das von Mara angeführte Fidschi war für den politischen Westen ein Garant für Stabilität und Sicherheit in der Region. Durch die Krisenereignisse des Jahres 1987 hat Fidschi viel von seiner Funktion als regionales Zentrum verloren. Sowohl die kürzlich erfolgte formale Konstituierung der "Melanesian Spearhead Group" als auch die Bildung der "Polynesischen Allianz" deuten daraufhin, daß die Zentrierung auf Fidschi als stärksten insularen außenpolitischen Macht- und Integrationsfaktor im Südpazifik - vorerst - der Vergangenheit angehört. Die Interim-Regierung Prime Minister Maras verfolgt zwei wesentliche außenpolitische Zielsetzungen. Einmal muß Fidschi seinen verlorengegangenen guten, internationalen Ruf wiedergewinnen. Hierzu gehört natürlich auch die Anerkennungsfrage des neuen Regimes, die Rehabilitierung im Sinne der Förderungswürdigkeit für Entwicklungshilfeleistungen und die offene Frage einer Wiedereingliederung in das Commonwealth. Zweitens hat sich die Mara-Regierung, in Nachfolge des Rabuka-Militärregimes, das Ziel gesetzt, "neue Freunde" zu suchen, da

man durch die als überzogen empfundenen Reaktions- und Bestrafungshaltungen der beiden Nachbarn Australien und Neuseeland (Einstellung der Wirtschaftshilfe, Boykotts durch Transportarbeitergewerkschaften) von diesen tief enttäuscht ist.

Im Gegensatz zu den geringen außenpolitischen Aktivitäten von Rabukas Militärregime hat die Interim-Regierung Maras von Beginn an eine große außenpolitische Dynamik entfaltet. Bereits wenige Stunden nach Bekanntgabe des Kabinetts durch Mara bot ein neuer "Freund" Fidschi - Frankreich - eine Auslandshilfe von 14 Millionen Fidschi-Dollar an.(12) Dem Angebot Frankreichs folgte ein vielbeachteter Freundschaftsbesuch der französischen Fregatte "Balny" vom 24.-28. Januar 1988,(13) den der inzwischen zum Brigadier beförderte Rabuka mit folgendem Kommentar bewertete: "It is greatly appreciated in the South Pacific region to be able to count on a great economic and military power which is able to guarantee peace and which is able to offer friendship links and aid to the independent but weak countries in the region."(14) Die "französische Karte" der Mara-Regierung war eindeutig gegen die alten Freunde Australien und Neuseeland gerichtet. Diese reagierten mit einer abgestimmten Reaktionshaltung. Am 9. Februar 1988 kündigte der neuseeländische Außenminister Prime Minister Mara die Wiederaufnahme der neuseeländischen Auslandshilfe an, allerdings fügte er einschränkend hinzu: "The resumption of aid however, did not signify a full return to normal relations."(15) Einen Tag später nahm auch Australien seine Auslandshilfe für Fidschi wieder auf. Für 1988 sind 10 Millionen australische Dollar vorgesehen.(16) Wenige Tage später kündigten auch die USA und Kanada die Wiederaufnahme ihrer Auslandshilfe an.(17) Dieser geballten Demonstration von Unterstützungsleistungen lag kein internationaler Altruismus zugrunde, sondern die gemeinsame Sorge der Geberländer, daß Fiji auch von Drittländern Hilfe annehmen könnte, die in der Region als unerwünscht betrachtet werden.(18) Zu diesen gehören die Sowjetunion und Libyen, die beide sozusagen vor der Tür standen.(19) Die Sowjetunion hatte bereits durch die mit Kiribati (1985) und Vanuatu (1987) geschlossenen Fischereiverträge für Aufsehen in der Region gesorgt; gegenwärtig bemüht sich Moskau, sowohl den Fischereivertrag mit Vanuatu zu verlängern (20) als auch mit PNG, Tonga und West Samoa die Handelsbeziehungen zu intensivieren. Gegenüber der Regierung Wingti (PNG) erfolgte erneut ein Angebot zur Einrichtung einer Botschaftsresidenz.(21) In Moskau war zu Beginn des Jahres 1988 ein "Committee on Asian and Pacific Economic Cooperation" gegründet worden. Der Komitee-Vorsitzende Yevgeny Primakov äußerte in einem Interview gegenüber Novosti Press u.a.: "We wish to widen economic ties with all countries of the region, South Pacific and insular included."(22)

Fidschi hat bisher keine sowjetische Hilfe angenommen und es kann vermutet werden, daß dies unter der gegenwärtigen Mara-Regierung auch nicht geschehen wird. Libyens politische Infiltrationsversuche

richten sich in letzter Zeit verstärkt in Richtung auf Neukaledonien und Tahiti,(23) wo sich die Widerstandskräfte gegen die französische Vormacht als dankbar für jegliche Trainings- und Waffenunterstützung erweisen. So bleibt auch Libyen, neben seinen älteren Bindungen an PNG und Vanuatu, aktuell präsent im Südpazifik.(24) In Reaktion auf libysche "Kooperationen" in den Jahren 1986 und 1987 mit Vanuatu und den Unabhängigkeitskämpfern in Irian Jaya hatte das Südpazifische Forum auf seiner Jahreskonferenz 1987 in Apia/West Samoa eine Sonderkonferenz geplant. Diese fand am 3. März 1988 in Suva - die Wahl des Ortes unterstreicht erneut die Tatsache der regionalen Bedeutung Fidschis - im South Pacific Bureau for Economic Cooperation (SPEC) statt. Die Gespräche behandelten Probleme des "Internationalen Terrorismus" - damit war Libyen gemeint - in der Region.(25)

Fidschis Prime Minister Mara absolvierte in den ersten Monaten des Jahres 1988 ein umfangreiches Auslandsreiseprogramm, denn Mara nimmt gegenwärtig auch das Amt des Außenministers wahr, worin wohl auch sein größtes persönliches Interesse liegt. Der Prime Minister besuchte, anlässlich der Inauguration des neuen südkoreanischen Staatspräsidenten, Ende Februar Seoul und Tokyo und brach am 25. März 1988 zu einer dreiwöchigen Reise nach London, Paris und Taipeh auf. In Paris unterzeichnete Prime Minister Mara ein Auslandshilfeabkommen im Umfang von 18 Millionen Fidschi-Dollar, das u.a. die Lieferung von einem Hubschrauber und von 53 Lastwagen vorsieht.(26) Ex-Prime Minister Bavadra, der zu diesem Zeitpunkt in Wellington/Neuseeland weilte, warf der Regierung umgehend vor, daß sie durch die Annahme der französischen Hilfe die pazifischen Proteste gegen Frankreichs Nuklear- und Neukaledonien-Politik schwächt.(27) In Reaktion auf diesen Vorwurf, der Fidschis Unterstützungshaltung der anti-nuklearen Front im Südpazifik in Frage stellte - und damit sehr medienwirksam war - antwortete der fidschianische Informationsminister Walker u.a.: "Fiji's foreign policy would not be affected by the acceptance of aid from France."(28)

Dem Besuch Prime Minister Maras in London lag ein ganz besonderes Anliegen zugrunde, der Wunsch, die Bindung zur britischen Krone nicht zu verlieren und die Rückkehrmöglichkeit in das Commonwealth zu erörtern.(29) Nach fidschianischer Interpretation ist die britische Königin Elisabeth II in Nachfolge von Königin Victoria, die 1874 bei der vertragsmäßigen Übernahme Fidschis den Titel des "Tui Viti" - der etwa soviel wie "Oberhäuptling Fidschis" bedeutet - erhielt, auch gegenwärtig, trotz Berücksichtigung ihres Rücktritts als fidschianisches Staatsoberhaupt, Trägerin dieses Erbtitels.(30) Nach regierungsamtlicher, fidschianischer Ansicht sind dies aber zwei unterschiedliche Sachverhalte. Prime Minister Mara erhielt in London keinen Gesprächstermin mit der Königin, weil diese sich "nicht in die inneren Angelegenheiten Fidschis einmischen wollte."(31) Stattdessen konferierte Mara mit dem britischen Prime Minister Frau Thatcher. Beide Gesprächspartner kamen überein,

daß London sein militärisches Trainingsprogramm für fidschianische Offiziere in England wiederaufnimmt und ein britischer Verfassungsrechtler, der schon bis zum 2. Coup d'Etat in Suva an der neuen Verfassung mitgearbeitet hatte, wieder nach Suva entsandt wird.(32) Margaret Thatcher betonte auch ihr Interesse an einer Wiederaufnahme Fidschis in das Commonwealth.(33) Auf seiner Rückreise machte Mara einen Besuch in Taipeh, wo er nach Gesprächen mit Staatspräsident Lee Tenh-Hui und Premier Yu Kuo-Hwa einen Kredit im Umfang von 2 Millionen US-Dollar, zu Vorzugsbedingungen, zugesagt bekam.(34)

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Fidschi die Phase der Ächtung durch die internationale Staatengemeinschaft überwunden hat. Die völkerrechtliche Anerkennung des neuen Regimes durch Papua Neuguinea (November 1987) und Nauru (Januar 1988) verdeutlicht, daß einige der insularen Nachbarn nicht nur deklaratorische Unterstützung lieferten, sondern rechtsverbindliche Schritte zur Stabilisierung Fidschis unternommen haben. Die bisher einmalige Rekordsumme von Auslandshilfe für 1988, im Umfang von 34 Millionen Fidschi-Dollar, beweist, daß alte und neue "Freunde" die innenpolitischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und außenpolitischen Bemühungen der Interim-Regierung von Prime Minister Mara anerkennen.(35) Diese Anerkennung dürfte sich noch verstärken, wenn es Fidschi gelingt, eine ausgewogene parlamentarisch-demokratische, rechtsstaatliche Verfassung zu verabschieden. Dennoch bleibt festzuhalten, daß Fidschi sich zwar auf dem Weg der Rekonvaleszenz befindet, daß aber - nach wie vor - der Status *quo ante* als führende insulare, politische Kraft verloren bleibt.

Zur Entwicklung der "Melanesian Spearhead Group"

"Kronprinz" für die Übernahme der regionalen Schlüsselfunktion Fidschis ist Papua Neuguinea (PNG), bzw. sein junger, energischer und aktiver Prime Minister Paias Wingti.(36) Die innenpolitisch hochinteressante Entwicklung Papua Neuguineas, das mit seinen rd. 3 Millionen Einwohnern die Hälfte der gesamten Bevölkerung des Südpazifik sammelt und über reiche Bodenschätze (Kupfer, Gold, Erdgas, Öl) verfügt, soll hier nicht weiter geschildert werden. Das Augenmerk liegt auf der regional ins Gewicht fallenden Entwicklung der "Melanesian Spearhead Group", die in der Sicht Prime Minister Wingtis zwei Zielsetzungen hat. Ein Ziel richtet sich auf die Ausgestaltung eines subregionalen, melanesischen Ethno-Nationalismus. Das zweite richtet sich auf die zunehmend führende Rolle Papua Neuguineas als regionaler, insularer Macht - mit der Zusatzbemerkung, daß PNG, allein aufgrund seiner Bevölkerungszahl, den übrigen südpazifischen Archipelstaaten weit überlegen ist.

Anstöße zur Bildung der "Melanesian Spearhead Group" kamen von zwei Seiten. Erstens hatten PNG, die Salomon-Inseln und Vanuatu, die sämtlich ethnisch, melanesisch geprägte Staaten sind, schon seit dem Jahr

1986 die Idee einer trilateralen Kooperation diskutiert. Insbesondere hatte man sich auf Vorbereitungsgespräche zu dem jährlichen Treffen des Südpazifischen Forums geeinigt. Dadurch entstand ein melanesischer "Block", der sich auch im Abstimmungsverhalten während der Tagungen des Südpazifischen Forums, z.B. in der Frage des SPNFZ-Vertrages, zeigte. Das Zusammenrücken resultierte vor allem aus der Interessenidentität bezüglich zweier, subregional als wichtig eingestufte Anliegen. Einmal der endogenen Neukaledonien-Lösungs-Problematik und zum anderen der exogenen Zielsetzung, die Neukaledonien-Problematik "mit vereinten südpazifischen Kräften" vor den Entkolonisierungs-Ausschuß der Vereinten Nationen zu bringen - was dann auch erfolgreich gelang. (37) Der zweite Anstoß zur Bildung der "Melanesian Spearhead Group" kam von der Sozialistischen Nationalen Befreiungsfront der Kanaken (FLNKS), die diesen Vorschlag im September 1987 formuliert hatte. (38) Einer der FNLKS-Anführer, Yeiwene Yeiwene, erläuterte u.a.: "The whole idea is to develop our own solidarity as Melanesians." (39) Die Zielsetzungen der kanakischen Separatisten lagen eindeutig darin, Unterstützungshaltungen für ein von französischer Vorherrschaft unabhängiges Neukaledonien (Kanaky) zu erhalten. Die Staatsführer des melanesischen "Blocks" trafen sich in Honiara (Salomon Inseln) zur Diskussion des Vorschlags der FLNKS. Prime Minister Paias Wingti (PNG) hatte sich für eine Anerkennung der FLNKS als legitimer Vertretung neukaledonischer Interessen ausgesprochen, während Vanuatu und die Salomon Inseln dagegen votierten. Man einigte sich auf eine Erklärung, die besagte, daß der melanesische "Block" bezüglich der Neukaledonien-Problematik eine härtere Linie verfolgte als die von Australien und Neuseeland im Rahmen des Südpazifischen Forums vertretene. PNGs Außenminister, Aruru Matiabe, erläuterte diesen Sachverhalt wie folgt: "Australia and New Zealand have supported - together with other Forum countries - the reinscription of New Caledonia on the UN agenda. They have also talked on various occasions in the past about the Kanak cause but now is the time for us to show our support in practical action ..." Praktische Schritte folgten klugerweise nicht, denn eine Anerkennung der FLNKS, so Matiabe: "would create problems, not only for them but also for us." (40) Trotz dieses diplomatisch vorsichtigen Verhaltens gegenüber den Vorschlägen der kanakischen Separatisten muß die enge Bindung zwischen der "Melanesian Spearhead Group" und der FLNKS berücksichtigt werden.

Anfang 1988 deuteten viele Anzeichen daraufhin, daß der, seinerzeit noch nicht formal ins Leben gerufene melanesische "Block" sich in einem de jure-Schritt formen würde. Einer der Protagonisten der "Melanesian Spearhead Group", Vanuatus Prime Minister Walter Lini, hatte sich im Februar 1988, in einem bemerkenswerten Interview, für die Konstituierung der "Melanesian Spearhead Group" ausgesprochen. Im Gespräch mit Islands Business führte er u.a. aus: "A Melanesian Economic Bloc is a serious proposition and not just talk ... We in Melanesia

have decided to do it because we don't want to just talk about these things. We want to try and do it and see how it grows. We hope in the future it may be possible to have a South Pacific Commonwealth because groupings like that seems to us the way the world is reorganising itself economically. So we in the South Pacific have to look seriously at reorganising ourselves in that sense. We should look at the market that we have within the region and base our economies on that and not depend too much selling to the United States, the EEC, and other countries of the world. What we have had in the past has been a false economy. It has been forced on us up to now. When we consider what has happened in the last few years - the dramatic changes in returns for our goods - perhaps we should have a market of our own which would be much more stable rather than relying on markets outside our region. We have to rethink the basis of our economies ... We are not just talking about this idea - we are actually looking at doing this thing, making the decision and creating the airline for the people of the three countries."(41)

Wenige Tage später, am 14. März 1988, wurde bei einer Zusammenkunft der Prime Minister von PNG, Salomon Inseln und Vanuatu in Port Vila (Vanuatu) das Gründungsdokument der "Melanesian Spearhead Group" unterzeichnet. Es hat den folgenden Wortlaut:

The Governments of the Independent States of Papua New Guinea, Solomon Islands, and the Republic of Vanuatu,

having come together as the "Melanesian Spearhead Group" do hereby agree to commit themselves to the principles of respect for, and promotion of -

Melanesian cultures, traditions and values as well as those communities within the three countries;

Exchange and other traditional ties which may cross international boundaries;

Links of friendship and co-operation with members of the United Nations and the South Pacific Forum, both individually and collectively;

Arrangements which facilitate regular, high-level, and wide-ranging consultations, exchanges, and co-operation among independent states in Melanesia;

National independence, and the sovereign equality, territorial integrity, and the right to non-interference, in internal affairs of independent states;

Economic and technical co-operation between states, as well as exchanges between individuals and groups with common interests;

Solidarity and co-operation in accordance with shared national interests - working, where possible, through and with the objective of strengthening wider institutions of regional and international co-operation;

Independence as the inalienable right of colonial countries and peoples;

Arms control and disarmament, as well as efforts to reduce international tensions, to limit great-power rivalry, to secure human rights, and to ensure the peaceful resolution of disputes.(42)

Regierungsvertreter PNGs erklärten gegenüber der Presse, diese Deklaration sei ein "political commitment and not a legally binding treaty ...". Die Prinzipien der Deklaration: "provide a general framework rather than a strict agenda for the development of relations."(43) Prime Minister Wingti nahm bezüglich der Bildung der "Melanesian Spearhead Group" wie folgt Stellung: "ties with neighbours would no longer be determined by such factors as financial aid (from Australia) or border crossing problems (with Indonesia). We have changed that. We are looking at a total relationship ... in terms of trade, investment and cooperation in various fields for the improvement of the living standards of many people in this region."(44) Unmittelbar nach Unterzeichnung der Deklaration reiste Akoka Doi, der Außenminister PNGs, nach Suva (Fidschi), um Fidschi zum Beitritt zur "Melanesian Spearhead Group" zu bewegen. Fidschis Bevölkerung besteht aus einer rassistischen Mischung von Melanesiern und Polynesiern (von den Indern abgesehen), wobei der melanesische Einfluß auf der Hauptinsel Viti Levu besonders deutlich wird. Die vielen, kleineren Inseln östlich Viti Levus sind geschichtlich und ethnisch stark vom polynesischen Einfluß Tongas geprägt. Beim Besuch Akoka Dois prallten zwei "Welten" aufeinander. Prime Minister Mara sah die neue Entwicklung sowohl als Bedrohung der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen des Südpazifischen Forums als auch als Implementation des - konkurrierenden - regionalen Führungsanspruchs Papua Neuguineas, den er als Repräsentant der - ehemaligen - insularen Führungsmacht Fidschi zurückweisen mußte. Auf die diesbezügliche Frage eines Reporters, ob Fidschi der "Melanesian Spearhead Group" beitreten wolle, antwortete Mara in diplomatisch geschickter Weise: "Our regional policies will continue to be guided and influenced by our national interests ... It is definitely not the policy of the Interim Administration to regard one regional organisation or group as being exclusive or as being paramount over the others. All have a contributory role to play ... Fiji is a founding member of the South Pacific Forum and as such I will be attending the

South Pacific Forum Meeting in Tonga as Head of Fiji Government and at the invitation of the Government of Tonga, as the host Government."(45) Maras Nichteingehen auf die konkrete Fragestellung des Reporters bildete ein sicheres Indiz für seine Ablehnungshaltung. Die Betonung von Fidschis Rolle im südpazifischen Forum als "der" Regionalorganisation verdeutlicht seine außenpolitische Position als "SPF-Regionalist".(46)

Die nächste Tagung des Südpazifischen Forums wird diesen Konflikt deutlich widerspiegeln. Ebenso werden die folgenden Monate und Jahre aufzeigen, inwieweit die "Melanesian Spearhead Group" zu effektivem Handeln fähig ist. Man kann allerdings annehmen, daß sie, insbesondere im Hinblick auf die inzwischen brisant, militant gewordene Frage Neukaledoniens, Maßnahmen zur Unterstützung der Separatisten unternehmen wird. Auch sind definitive subregionale Kooperationen im wirtschafts-, kultur- und sicherheitspolitischen Umfeld zu erwarten.

Zur Bildung der Polynesischen Allianz

Wie oben erwähnt, befindet sich parallel zur "Melanesian Spearhead Group" im insularen Kontext Polynesiens eine "Polynesische Allianz" im *status nascendi*.

Dieser zweite subregionale Zusammenschluß ist noch im Entstehen begriffen und verfügt bisher über keine gemeinsame Deklaration bzw. eine schriftliche Grundlage. Die Idee der "Polynesischen Allianz" resultiert aus einer Zusammenkunft des französischen Ministers für Pazifische Angelegenheiten, Gaston Flosse, mit dem damaligen Prime Minister der Cook Inseln, Sir Tom Davis, und dem Gouverneur Amerikanisch Samoas, A.P. Lutali, im Frühjahr 1987 in Papeete (Tahiti). Der tonganische König Tupou IV begrüßte diesen Vorschlag während eines Staatsbesuches in Papeete und einer Besichtigung des Nuklearversuchsgeländes auf Muro-roa mit Enthusiasmus. König Tupou IV gilt gegenwärtig als Hauptpromotor der Schaffung einer "Polynesischen Allianz".(47) Der Monarch, der nach eigenem Wunsch eine "free from politics community" in Polynesien schaffen möchte, bot Amerikanisch Samoa, den Cook Inseln, Französisch Polynesien, Niue, West Samoa und Wallis und Futuna die Kooperation beim Aufbau der "Polynesischen Allianz" an.(48) Im Gespräch ist auch die Mitgliedschaft von Tuvalu und Tokelau sowie der Einbezug von Repräsentanten der hawaiianischen Polynesier und der Maoris aus Neuseeland.(49) Damit würde sich die Bevölkerung der "Polynesischen Allianz" von rund 450.000 auf eine Million Polynesier erhöhen. Der tonganische König Tupou IV erklärte bezüglich der von ihm mit Vehemenz vertretenen Idee der "Polynesian Economic and Cultural Community" u.a.: "but the key to it is really a people-to people relationship ... It is an attempt to have people sit down at the table and talk to one another - people who have been barred from doing so such as French Polynesia,

Wallis and Futuna, and Hawaii who cannot get membership of the South Pacific Forum. The idea is to have discussions and exchanges with people who otherwise would be barred." Auf Frankreichs Interesse an der "Polynesischen Allianz" eingehend fügte Tupou IV hinzu: "They have lots of developments which can be used in other Pacific Islands, such as solar electricity. France, because of its responsibilities in the Pacific, has channelled technical skills and scientific abilities of their top scientists to solving the island problems."(50) König Tupou IV wies ferner darauf hin, daß viele der französischen technischen Problemlösungsvorschläge, z.B. bezüglich der Wasserversorgung der Inseln, aufgrund der starken Antipathie gegen Frankreichs Rolle im Südpazifik nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die ihnen gebührt. Die "Polynesische Allianz" soll über ein ständiges Sekretariat verfügen. Gegenwärtig liegt ein Satzungsentwurf vor, der auf einer noch einzuberufenden Konferenz sämtlicher Mitglieder zu einer Charter ausformuliert werden soll. König Tupou IV will seine insularen Nachbarn zu dieser Konferenz einladen - bisher steht aber kein Termin fest.

Die "Polynesische Allianz" setzt sich ähnliche Ziele wie die "Melanesian Spearhead Group". Sie soll einerseits die Kultur und Identität Polynesiens pflegen und bewahren und den kulturellen Austausch zwischen den Archipelstaaten fördern, hierzu zählt auch ein Herzensanliegen des tonganischen Königs, Wettbewerbe nationaler Auslegerkanumanschaften. Andererseits verspricht sich König Tupou IV eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation, die auch dringend angebracht erscheint, denn im Gegensatz zu den mit reichen Bodenressourcen versehenen melanesischen Staaten sind die polynesischen Archipelstaaten durchweg "Habenichtse". Seine Argumentation entspricht in bezug auf die wirtschaftliche Kooperation genau der von Prime Minister Wingti. König Tupou IV erläuterte seine Ansicht wie folgt: "many products are being produced in this area where we could give preference before buying from outside ... this will foster local industries and encourage local employment opportunities."(51) Eines der großen Probleme zwischen den territorial weit zerstreuten Archipelstaaten bildet der regelmäßige Schiffsverkehr. Nach Ansicht König Tupous IV könnte im Rahmen der "Polynesischen Allianz" eine subregionale Schifffahrtslinie (Container-Freight) eingerichtet werden, die die Archipelstaaten fahrplanmäßig miteinander verbinden würde.(52) Tongas König vertritt die Überzeugung, daß sich die "Polynesische Allianz" weiter entwickeln wird: "If you have the good will and spirit of co-operation there is no limit to what you can do. Everything is possible." Tupou IV würde es begrüßen, wenn in Melanesien - dort ist inzwischen die "Spearhead Group" gebildet - und in Mikronesien, wo eine diesbezüglich vorbereitende Diskussion läuft, vergleichbare, subregionale Gemeinschaftsbildungen vorgenommen würden. Seiner Meinung nach ist die Region Südpazifik zu ausgedehnt, um sie in einer Regionalorganisation - dem Südpazifischen Forum - in sämtlichen Bereichen zu strukturieren und zu orga-

nisieren. Als Pragmatiker vertritt König Tupou IV von Tonga die Ansicht: "we need to do it on a more narrow basis to start with."(53)

Wie gesagt, die "Polynesische Allianz" ist gegenwärtig im Entstehen begriffen und man muß abwarten, wie sie sich weiter entwickeln wird. Es kann aber angenommen werden, daß sie sich in der einen oder anderen Form bilden wird. Gegenwärtig besteht ein Konsens unter den polynesischen Staaten, daß eine Realisierung sinnvoll und vorteilhaft für die Mitglieder wäre.(54)

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß das Entstehen von subregionalen Gemeinschaften, der "Melanesian Spearhead Group" und der "Polynesischen Allianz", neben anderen Ursachen auch auf die gegenwärtige Schwächung des Südpazifischen Forums, die wiederum durch den Machtverlust Fidschis als ehemals wichtigster insularer Macht mitbedingt ist, zurückgeführt werden kann. Auf der nächsten Jahrestagung des Südpazifischen Forums wird sich zeigen, ob die Schlagzeilen "Common interests group endanger Pacific Unity - Rival alliances threaten a split"(55) sich bewahrheiten werden, oder ob es dem fidschianischen Prime Minister Mara gelingt, die Funktion der südpazifischen regionalen Integrationsfigur, die er einstmals innehatte, wieder zu erlangen. Angesichts der vielfältigen und drängenden politischen und ökonomischen Probleme der Archipelstaaten im Südpazifik - einschließlich der zunehmenden sicherheitspolitischen Bedeutung der Region - wäre es unvorteilhaft für die wegen ihrer Kleinheit auch besonders gefährdeten Archipelstaaten, wenn die neuen subregionalen Gemeinschaftsbildungen zu einer politischen Fraktionierung der Gesamtregion und damit Schwächung der Regionalorganisation - dem Südpazifischen Forum - führen würden.(56)

Anmerkungen

(*) siehe Abbildung.

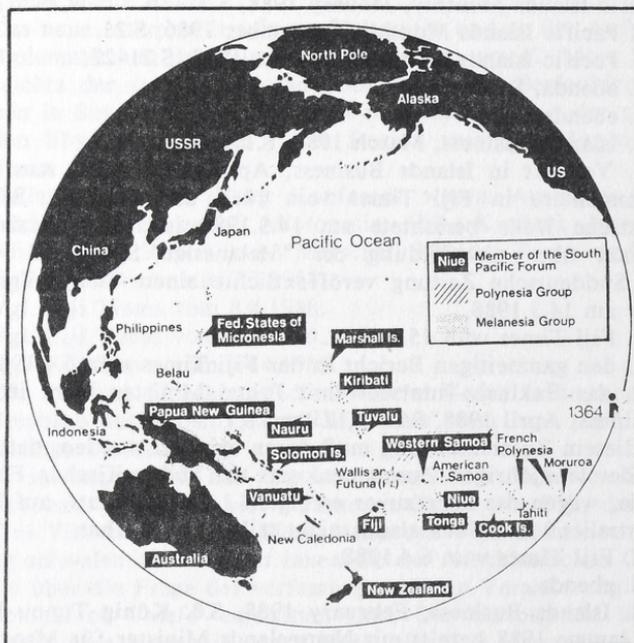
- (1) Beispielsweise sitzt in Suva (Fidschi) das ständige Büro des Südpazifischen Forums (SPEC; South Pacific Bureau for Economic Cooperation) und die regionale Universität (USP; University of the South Pacific).
- (2) Vgl. die überraschend schnell publizierte und hochinteressanten Memoiren von Putschführer Rabuka; Rabuka, S.: No other Way. Suva 1988, S.50 ff.
- (3) Vgl. ebenda, S.47 f.
- (4) Vgl. hierzu meinen Beitrag: Die Republik Fidschi. Ein verlorenes Paradies? In: KAS-Auslandsnachrichten, November 1987, S.2-22.
- (5) Vgl. die ausführliche Darstellung in: Today's Fiji, Vol.1, No.1, S.9ff.
- (6) Die Taukei-Bewegung will die traditionale Häuptlingsgesellschaft stärken und den sog. "Great Council of Chiefs" rechtlich in der

- neuen Verfassung verankern. Zu den Traditionen in der Häuptlingsgesellschaft Fidschis vgl. Nayacakalou, R.R.: Leadership in Fiji. Suva 1985, 3. Aufl.
- (7) Die "Declaration-Republic of Fiji Decree No. 8" vom 7.10.1987 findet sich im Volltext in: Todays Fiji, Vol.1, No.1, S.12.
 - (8) Vgl. die Kabinettliste in: Todays Fiji, Vo.1, No.1, S.13ff.
 - (9) In einem späteren Interview rechnete Rabuka mit der Unfähigkeit einiger seiner Kabinettsmitglieder ab: "... they were using power I gave them to achieve their own ends... When I saw that this was going on I thought that it would be better to dismiss the military government and hand over power to Ratu Sir Penaia... If I had allowed them to continue for one year it would have brought the country to ruin." Todays Fiji, Vol.1, No.3, S.8.
 - (10) Vgl. die Kabinettliste in: Pacific Islands Monthly, 1/1988, S.12.
 - (11) Vgl. Todays Fiji, Vol.1, No.2, S.3.
 - (12) Fidschi hatte im Rahmen des Südpazifischen Forums stets gegen Frankreichs Nuklearversuche auf dem Muroroa-Atoll gestimmt und auch eine klare anti-französische Haltung in der Neukaledonien-Frage eingenommen. Frankreichs neue diplomatische Offensive im Südpazifik zielt gegenwärtig ebenso auf Tonga, das bisher als einziger Staat keine Einwände gegen die Nuklearversuche Frankreichs erhebt. Vgl. Todays Fiji, Vol.1, No.2, S.18.
 - (13) Vgl. Islands Business, March 1988, S.48.
 - (14) Vgl. ebenda, S.48.
 - (15) Vgl. Fiji Times vom 10.2.1988.
 - (16) Vgl. Fiji Times vom 10. und 11.2.1988.
 - (17) Vgl. Fiji Times vom 18. und 29.2.1988. Die Niederlande kündigten die Wiederaufnahme ihrer Auslandshilfe am 12.5.1988 an, vgl. Fiji Times vom 13.5.1988.
 - (18) Vgl. den diesbezüglich hochinteressanten Beitrag in Pacific Islands Monthly, February 1988, S.11-13.
 - (19) Es mag ein reiner Zufall - eventuell aber auch sorgfältige Planung - gewesen sein. Vom 15. bis 18. Februar 1988 lag das sowjetische Forschungsschiff "Akademik M.A. Lavtentyev" zu einer sog. Reparatur im Hafen von Suva. Vgl. Fiji Times vom 24.2.1988.
 - (20) Moskau beabsichtigt, den Fischereivertrag mit Vanuatu um 12 Monate zu verlängern, vgl. Islands Business, April 1988, S.41.
 - (21) Das sowjetische Angebot erfolgte am 4. März 1988. Meldung von Radio Australia vom 4.3.1988; Radio Fiji am 5.3.1988. Vgl. auch Islands Business, April 1988, S.29.
 - (22) Vgl. den Bericht in der Fiji Times vom 31.3.1988, der nach einer AFP-Meldung formuliert worden ist. Näheres über die sowjetischen Zielsetzungen, sozusagen "Glasnost im Südpazifik", in: Pacific Islands Monthly, April 1988, S.19.
 - (23) Die tahitischen Widerstandskräfte gegen die französische Herrschaft scheinen auch von Libyen unterstützt zu werden. So wurde

- kürzlich einer Gruppe von 11 Tahitern von Australien, Singapur und Malaysia die Einreise mit der Begründung verwehrt, daß sie terroristische Beziehungen zu Libyen pflegen würden. Vgl. Fiji Times vom 6.4.1988.
- (24) Das neue Interesse Israels am Südpazifik und an der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Fidschi - am 12. März 1988 überreichte der erste israelische Botschafter sein Beglaubigungsschreiben in Suva - dürfte zumindest indirekt auch mit der anwachsenden libyschen Präsenz in der Region zusammenhängen. Vgl. Fiji Times vom 14.3.1988.
- (25) Teilnehmerstaaten dieser Konferenz waren: Australien, Cook Islands, Fed. States of Micronesia, Fiji, Kiribati, New Zealand, Niue, PNG, Republic of Marschall Islands, Tonga und Vanuatu. Vgl. Fiji Times vom 7.3.1988.
- (26) Vgl. Fiji Times vom 8.4.1988.
- (27) Vgl. Fiji Times vom 9.4.1988.
- (28) Vgl. Fiji Times vom 14.4.1988.
- (29) Die Bindung Fidschis an die Britische Krone sollte, gemäß einem Beschluß des "Great Council of Chiefs" vom Juni 1987, unbedingt erhalten bleiben.
- (30) Es sei angemerkt, daß inzwischen auch der Sohn von Sir George Cakobau, einem der vier Paramount-Chiefs von Fiji, den Titel des "Tui Viti" beansprucht. Dieser Anspruch weist auf einen gegenwärtig schwelenden Konflikt innerhalb der fidschianischen Chiefs hin, die über die Frage der verfassungsmäßigen Verankerung des "Great Council of Chiefs" zerstritten sind. Der Hauptgrund liegt darin, daß es eine Hierarchie von "Chiefs" gibt. Die hierarchisch niedrigen Häuptlinge, die ihren Titel nicht durch Erbfolge und Landbesitz, sondern durch Ernennung erhalten haben, revoltieren gegen die höheren Ränge, die die Aussicht auf einen Sitz in einem zukünftigen Oberhaus des neuen parlamentarischen Systems haben. Der alte Sir George Cakobau unterstützt - aus Gründen, die sich indirekt auch gegen Staatspräsident Ganilau und Regierungschef Mara richten; beide sind ebenfalls Paramount-Chiefs - die Interessengruppe der niedrigrangigen Chiefs, indem er seinem Sohn die Beanspruchung des Titels des "Tui Viti" anräth.
- (31) Vgl. den ganzseitigen Bericht in der Fiji Times vom 9.4.1988. Die britische Haltung bezüglich einer Wiederaufnahme Fidschis in das Commonwealth geht davon aus, daß Fidschi eine "akzeptable", d.h. keine Apartheid-Verfassung vorlegen muß, bevor über eine Rückeingliederung verhandelt werden kann. Man kann aber mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß Fidschis neue Verfassung nicht dem Westminster-Modell entsprechen wird. Vgl. The Guardian Weekly vom 10. April 1988.
- (32) Vgl. Fiji Times vom 29.3.1988.
- (33) Vgl. Fiji Times vom 31.3.1988.

- (34) Vgl. Fiji Times vom 12.4.1988.
- (35) Vgl. Islands Business, April 1988, S.15.
- (36) Vgl. das aufschlußreiche Interview mit Prime Minister Wingti in: Pacific Islands Monthly, January 1988, S.32-36.
- (37) Vgl. Pacific Islands Monthly, September 1986, S.21.
- (38) Vgl. Pacific Islands Monthly, October 1987, S.21-22.
- (39) Vgl. ebenda, S.21.
- (40) Vgl. ebenda, S.22.
- (41) Vgl. Islands Business, March 1988, S.17.
- (42) Vgl. Volltext in Islands Business, April 1988, S.26. Ausführliche Kommentare in Fiji Times vom 18.3. und 6.4.1988. Selbst die Deutsche Welle berichtete am 14.3.1988 in ihrem Auslandsprogramm über die Bildung der "Melanesian Spearhead Group", die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte einen Vier-Zeiler, ebenfalls am 14.3.1988.
- (43) Vgl. Fiji Times vom 15.3.1988.
- (44) Vgl. den ganzseitigen Bericht in der Fiji Times vom 6.4.1988, S.7.
- (45) Vgl. das Exklusiv-Interview mit Prime Minister Mara in: Islands Business, April 1988, S.7-15, Zitat S.8 f.
- (46) In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß Fidschi an der letztjährigen Zusammenkunft des Südpazifischen Forums in Apia, wegen des kurz zuvor erfolgten 1.Coup d'Etats, auf Drängen Australiens und Neuseelands nicht teilgenommen hat.
- (47) Vgl. Fiji Times vom 6.4.1988.
- (48) Vgl. ebenda.
- (49) Vgl. Islands Business, February 1988, S.8. König Tupou IV hatte im Januar 1988 bereits mit Neuseelands Minister für Maori-Angelegenheiten, Koro Wetere, über einen Einbezug einer Maori-Vertretung im Rahmen der "Poynesischen Allianz" gesprochen. Vgl. Fiji Times vom 6.4.1988.
- (50) Vgl. Das Exklusiv-Interview mit dem tonganischen König Tupou IV in Islands Business, February 1988, S.9-11, Zitat S.10.
- (51) Vgl. Islands Business, February 1988, S.11.
- (52) Tonga hat zur Behebung der eigenen Verkehrsverbindungsschwierigkeiten zwei kleine Frachtschiffe in Papeete (Franz. Polynesien) gekauft, die sowohl den Passagier- als auch den Frachtverkehr von Tongatapu nach Ha'apai und den Vava'u-Inseln übernehmen. Vgl. Islands Business, February 1988, S.11.
- (53) Vgl. ebenda, S.11.
- (54) Diese Ansicht vertrat auch der neue Prime Minister von West Samoa, Tofilau Eti Alesana, in einem Gespräch mit dem Verfasser. Allerdings dürfte West Samoa, das in einem "historischen" Konkurrenzverhältnis zu Tonga steht, den Führungsanspruch Tongas nicht ohne weiteres akzeptieren.
- (55) So die Fiji Times vom 6.4.1988.
- (56) Das Manuskript wurde am 15. Mai 1988 abgeschlossen.

Abbildung 1:
Polynesien



Summary

This article deals with the ongoing political changes in the South Pacific which are caused by Fiji's failure to act as political centre of the region. Fiji is occupied with the consolidation of its domestic politics. This resulted in a vacuum into which other regional states try to enter. The Melanesian Spearhead Group was founded in March 1988 under the leadership of Papua New Guinea. At the same time another subregional community of common interests is being built under the leadership of the king of Tonga - the Polynesian Alliance.

In Fiji the Conservative government of Prime Minister Mara was replaced by the Labour government under Bavadra which was in turn superseded by the coup d'état of Lieutenant Colonel Rabuka - in April and May 1987. In December 1987 the military government under Rabuka was dissolved and Mara became Prime Minister again. One of the main targets of the new government is to bring Fiji back to her former

role of leading power within the group of archipelago states and the framework of the South-Pacific Forum. A new "friend" of Fiji, France, offered 14 million Fiji-dollars as financial aid. This was directed against the old "friends" of Fiji, Australia and New Zealand, which both announced the resumption of their aid. The United States and Canada followed suit. The donor countries tried to prevent Fiji from taking aid from third countries, in particular the Soviet Union and Libya, whose influence in the region is not wanted by the traditional donor countries. Despite the progressing consolidation of Fiji its status quo ante as leading political power has not been regained.

Crown prince for taking over the regional key function of Fiji is Papua New Guinea under its young and active Prime Minister Paias Wingti. The Melanesian Spearhead Group fostered by Wingti has two aims: one is the forming of a subregional, Melanesian ethno-nationalism, the other aim is the furthering of Papua New Guinea as leading regional power - because of its large population. Though there are, in diplomatic terms, reservations against the proposals of the Kanak separatists, there is a close tie between them and the Melanesian Spearhead Group. On March 14, 1988 the founding document of the Group to which Papua New Guinea, the Solomon Islands, and the Republic of Vanuatu belong was signed in Port Vila/Vanuatu.

The Polynesian Alliance (of, possibly, Tonga, American Samoa, the Cook Islands, French Polynesia, Niue, West Samoa and Wallis, Futuna, Tuvalu, Tokelau as well as Polynesians from Hawaii and Maoris from New Zealand) is in statu nascendi. Its main promotor is King Tupou IV of Tonga. The Polynesian Alliance has similar targets as the Melanesian Spearhead Group: the keeping and furthering of Polynesian culture and identity as well as cultural exchanges between the archipelago states. Additionally the economic cooperation between the states is to be developed in order to foster local industries and to encourage local employment opportunities. (Red.)